

Mit der Präsidentschaft von Nicolas Sarkozy in Frankreich deutet sich ein neues Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft an

# Eine republikanische Mehrheit

Von Gerd Held

Europa staunt über Frankreich und Frankreich schaut sich selbst überrascht ins Gesicht. Seit vor gut einem Monat Nicolas Sarkozy im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen mit über 30% die mit Abstand größte Wählerschaft hinter sich versammeln konnte, hat sich die politische Landschaft in erstaunlich schnellen Schritten verändert. Im zweiten Wahlgang gelang Sarkozy eine Bündniserweiterung, die ihn mit deutlicher Mehrheit zum 6. Präsidenten der V. Republik wählte. Kurz darauf bildete er eine Regierung, die auch angesehene Mitglieder der Sozialistischen Partei wie den künftigen Außenminister Bernard Kouchner umfasst. Das politische Frankreich scheint sich umzugruppieren, weil sich ein „Fenster der Gelegenheit“ geöffnet hat und diese Möglichkeit zum Engagement nun Kräfte ganz unterschiedlicher Herkunft mobilisiert. In den wenigen Tagen seit der Wahl sind schon Reformen in Struktur und Stil sichtbar geworden: ein verkleinertes Kabinett, ein direkt mitmischender Präsident und ein schnörkelloses, ungeschminktes Auftreten der Staatsmacht. Es ist zu erwarten, dass dieser Trend durch die Wahlen zur Nationalversammlung bestätigt wird.

Die Franzosen entdecken in diesen Tagen einen politischen Raum, der eigentlich längst abgeschrieben war. Der Staat kommt zurück, ein Staat, der eine einfache, klare Sprache spricht, der „ja“ und „nein“ sagt, und der tut, was er sagt. In den letzten Jahren – wenn nicht Jahrzehnten – war Frankreich in Europa so etwas wie der Kronzeuge für die Behauptung, der Staat sei eine ineffiziente, ja, eine prinzipiell handlungsunfähige Veranstaltung, die man bestenfalls „öffnen“ könne für die sogenannte Zivilgesellschaft. Mit Sarkozy aber

geht es nun um eine Stärkung der Kernkompetenzen des Staates – um einen Staat, der nicht überall mitreden will, der aber das, was er übernimmt, wirklich bis zum handgreiflichen und zählbaren Resultat durchführt. Der Gesinnungsstaat wird zum Verantwortungsstaat, und allein diese Aussicht hat offenbar den Wahlen eine neue Bedeutung gegeben. Seit den Mitterrand-Wahlen von 1981 war die Wahlbeteiligung nicht mehr so hoch. Aber diesmal waren es nicht die sozialen Interessen, die mobilisierten, sondern staatsbürgerliche Interessen. Sarkozy stellte ausdrücklich keine größeren materiellen Umverteilungen in Aussicht, sondern einen arbeitenden Staat, der die Arbeit und Leistung der Bürger dadurch respektiert, dass er seine eigenen Hausaufgaben macht. Es stellte sich heraus, dass viele Franzosen genau dies Anliegen haben. Oder, besser gesagt, sie haben dies Anliegen in den vergangenen Monaten und Wochen wiederentdeckt.

Hier kommt es auf feine Unterschiede an. Gewiss kann man die Nation als eine Art Versicherungsschutz für die Privatinteressen seiner Bewohner ansehen und auf die Globalisierung mit Protektionismus reagieren. Aber man kann „Frankreich“ auch als ein Gemeingut ansehen, das alle Citoyens teilen. Es entsteht dann eine Sicherheit, die auf den Beständen der Vergangenheit gründet, und ein Ehrgeiz, der auf die Mehrung dieser Bestände ausgeht. Nicolas Sarkozy, der aus einer Einwandererfamilie stammt, hat in diesem Wahlkampf viel über Frankreich erzählt. Es ist ihm gelungen, das Besondere dieses Gemeinguts ohne die Selbstgewissheit des Angestammten, sondern mit einer gewissen Distanz vor den Franzosen wieder entstehen zu lassen. Dieser Patriotismus war

keine billige Floskel, sondern eine ernsthafte und rationale Überlegung. Seine sozialistische Gegenkandidatin bekam das im Fernsehduell zu spüren, als Sarkozy zeigt, dass es in wirklich schwierigen Situationen keine andere Lösung gibt, als auf die eigene Kraft zu bauen und seinen Stolz nicht aufzugeben. Kraft und Stolz können nicht in den privaten Erfolgen oder Aussichten wurzeln, sondern nur in der Teilhabe an den Gemeingütern der Republik. Sarkozy gewann das Wahlduell aber auch nur deshalb, weil er eine politische Konsequenz nicht verschwieg: Der Staat muss „Frankreich“ in seinen konkreten Gemeinaufgaben wie etwa der Schulausbildung fassbar machen und gegen Nachlässigkeit, Verwahrlosung und Gewalt verteidigen. Nur ein starker hoheitlicher Staat, der sich in die Niederungen des Alltags begibt, kann das Engagement des Citoyen dauerhaft wecken. Das ist die republikanische Wette des Nicolas Sarkozy.

**E**igentlich konnte Nicolas Sarkozy diese Wahl niemals gewinnen. Er sah sich gleich zwei Kandidaten gegenüber, die nicht an den Staatsbürger appellierten, sondern an den Sozialbürger. Bei ihnen bedeutete „Bürgernähe“ das Eingehen auf die verschiedenen Verteilungsinteressen. Der Staat selber ist hier im Grund nichts, er repräsentiert keine substanziellen materiellen oder geistigen Bestände, er ist ein Mann ohne Eigenschaften. Er ist leere „Rahmenbedingung“, die sich gerade deshalb überall einmischt. Die Kandidatin der Sozialisten erklärte den Bürgern, es würde „niemals mehr ohne sie regiert“ werden und erfand kurzerhand den ultimativen Identitäts-Slogan: „La France Présidente“ („Frankreich Präsidentin“). Dazu tauchte mit Francois Bayrou ein zweiter Kandidat auf, der sich zur neuen Mitte und zum „Kandidaten gegen das System“ erklärte. Noch schwerer wog, dass Sarkozy aus dem Parteilager stammte, das die vergangenen 12 Jahre den Präsidenten gestellt hatte – einen Präsidenten, der von der Idee beseelt war, als der Mann des sozialen Ausgleichs in die Geschichte einzugehen. So sah sich

Sarkozy einer großen Koalition gegenüber, die vor allem sozialbürgerlich dachte und fühlte. Diese große Koalition wählte den persönlichen Angriff. Der Mann, so wurde landauf, landab verbreitet, sei ein aggressiver, machtbesessener Charakter. Man erklärte ihn schlicht zum Gesellschaftsfeind – in einer Tonlage, die bisweilen so klang, als wolle man ein Attentat herbeireden. Noch nie in der Geschichte der Fünften Republik ist wohl ein Kandidat einer demokratischen Partei so verzerrt und stigmatisiert worden. Das „TSF“ (Tout sauf Sarkozy – Alles außer Sarkozy) gehörte in einem bestimmten sozialen Milieu zum guten Ton. Dies Milieu ist einer näheren Betrachtung wert. Es ist dasselbe Milieu, das angesichts der Welle der Gewalt, die die Sozialbauviertel am Rande der französischen Großstädte heimgesucht hatte, mehr Empathie für Täter als für die Opfer zeigte. Die Gewalt, so lautete hier die Diagnose, sei „Sozialprotest“ und daher – wenn auch mit falschen Mitteln – Ausdruck einer sozialen Sensibilität. Die anderen Bewohner hingegen, die keine Autos anzündeten, sondern sich recht und schlecht durchs Leben schlugen, waren solcher Aufmerksamkeit nicht würdig. Das wäre nicht weiter problematisch, wenn es nur um das selbstzufriedene Weltbild eines begrenzten sozialen Milieus ginge. Doch diejenigen, die da über „wichtig“ und „weniger wichtig“ urteilen, haben als Medienleute, Sozialwissenschaftler und Künstler die Möglichkeit, für ihr Urteil allgemeine Geltung zu beanspruchen. Fast könnte man von einem Parallelstaat sprechen, der dem Land die Vorstellungen und Lebensformen des eigenen Milieus als die maßgebende „kritische Öffentlichkeit“ präsentiert. So bekam auch die Auseinandersetzung um Sarkozy einen exemplarischen Charakter. Würde es an dieser Stelle einem bestimmten Milieu gelingen, in einer Kampagne ihre Sicht zur allgemeinen Sicht zu machen?

Es gelang nicht. Im zweiten Wahlgang entschied sich noch einmal ein bedeutender Teil der Mittewähler für Sarkozy. Er bekam schließlich 2 Millionen Stimmen

mehr als „Frankreich Präsidentin“. Gegenüber der Koalition der Sozialbürgerlichkeit hatte sich also eine Koalition der Staatsbürgerlichkeit gebildet. Wo laut das „Alles außer Sarkozy“ schallte, sagt sich mancher etwas leiser „Ich bin auch ein bisschen Sarkozy“. Der Appell an das patriotische Kalkül, der eben kein hurrapatriotischer Appell war, hat eine beträchtliche Zahl von Nichtwählern an die Wahlurne gebracht. Er gab aber auch bei vielen Wählern der Mitte den Ausschlag. Gewiss haben bei weitem nicht alle Franzosen Sarkozy gewählt, aber die Herkunft seiner Mehrheit sprengt jede einseitige Zuordnung zu bestimmten Gruppeninteressen, zu arm oder reich, zu jung oder alt, zu Mann oder Frau, zu elegant oder bieder. Das Geheimnis seiner Wahlsoziologie ist, das es keine gibt. Er wurde im Norden und im Süden, in kleinen Orten und großen Städten gewählt. Und auch in den Großwohnblöcken der Vorstädte wählten ihn mehr als seinerzeit den „Sozialpräsidenten“ Chirac.

Es gibt eine neue Mehrheit in Frankreich, die man vielleicht als „republikanisch“ bezeichnen kann. Sie integriert die lange Tradition des Ancien Regime und der Revolution – und kann dadurch in einer globalisierten Welt eine spezifische Zugehörigkeit aufweisen. Sie nimmt zentrale Werte der Linken auf – in einem Moment, wo „Arbeit“ und „Leistung“ im Milieu der neuen linken keine sichere Heimat mehr haben. Diese neue Mehrheit schafft die Grundlage für neue Koalitionsmöglichkeiten. Schöner ist eine Hetzkampagne nie dementiert worden: Dem stigmatisierten Kandidaten gelingt es, für sein Kabinett einige prominente Sozialisten und Zentristen zu gewinnen. Und es handelt sich dabei nicht um Angehörige der Fraktion, die dafür bekannt sind, nur auf Machtposten zu schielen, sondern um Politiker, die sich durch Engagement einen Ruf erworben haben – wie der neue Außenminister Bernard Kouchner, der Mitbegründer der Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“. In dieser Bodenhaftung liegt auch ein entscheidender Prüfstein. Denn Sarkozys Wahlkampagne richtete sich nicht nur an

den Citoyen im Lande, sondern auch an den Staat: „Wenn wir wollen, dass der Staat wieder ein von allen geteiltes Projekt ist“, so Sarkozy in seiner Grundsatzrede vom 14.1.07, „dann muss aus der virtuellen Republik eine reale Republik werden.“ Eine reale Republik ist nicht an ihren guten Absichten zu messen, oder daran, wie sie es versteht, „über Wasser zu gehen“, wie Spötter von Jacques Chirac sagten. Eine reale Republik trifft Maßnahmen und ist an ihren Resultaten messbar. Der Kandidat Sarkozy hat eine Liste von Maßnahmen vorgelegt, die konkreter formuliert ist, alles das, was wir gemeinhin in Wahlkämpfen gewohnt sind. Im Zuschnitt der Ministerien wie etwa der Zusammenlegung von Umwelt, Energie und Transport zu einem Ressort wird die Absicht deutlich, die großen Themen nicht getrennt von den harten ordnungspolitischen Aufgaben zu behandeln. Auch weist die Ministerliste Persönlichkeiten mit Erfahrungen außerhalb der sicheren Verwaltungslaufbahnen auf. So rückt nun der Staat in den Mittelpunkt der reformerischen Anstrengungen. Das Ziel scheint ein enger begrenzter, aber in seiner Durchsetzungskraft gestärkter Staat zu sein. Anders gesagt: Mit Sarkozy wird die Staatskarosse in Frankreich ein Stück tiefer gelegt.

Nichts ist schon sicher geleistet, die Aufgabe einer Staatsreform muss sich mit jenen wohlbekanntem Widerständen auseinandersetzen, die den Verwaltungsapparat in den vergangenen Jahrzehnten wuchern ließen und zugleich sein hoheitliches Handeln schwächten. Auch im „rationalistischen“ Frankreich gibt es in vielen Fällen die wohlbekannt Mischung von Symbolpolitik und Durchwursteln. Dennoch hat sich mit den Sarkozy-Wahlen in Frankreich etwas geändert. Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft ist in Bewegung geraten. Europa ist Zeuge eines Prozesses mit offenem Ausgang, der auf seine zukünftige Art, Politik zu machen, Auswirkungen haben kann. Auch Deutschland sollte aufmerksam über den Rhein schauen. Im Westen gibt es etwas Neues.

## Ein blinder Fleck im deutschen Blick auf Frankreich

Zum deutschen Frankreich-Bild gehört, dass dort die Regierenden hoch über den Menschen thronen. Dahinter wird eine Art grundlegender Baufehler im Verhältnis von Staat und Gesellschaft vermutet. Im zivilen Selbstverständnis der Bundesrepublik steht alles Staatliche unter Generalverdacht, während für die Gesellschaft die Unschuldsvermutung gilt. Der Staat sei von Natur aus ein rigides Gebilde, ein seelenloser Apparat, der wie eine Besatzungsmacht den Alltag der Gesellschaft kolonisiert. Die Gesellschaft aber sei der gute Ort, an dem das wahre Leben zu Hause ist. Auch die Moral werde in öffentlichen Diskursen vor und neben den Zwängen staatlicher Entscheidungsfindung entwickelt. In dieser Staatsferne sind sich hierzulande Liberale und Sozialisten einig, ihr Streit geht nur um die individuelle oder egalitäre Auslegung des Gesellschaftlichen. So tun sich die meisten deutschen Beobachter schwer, die jüngsten Präsidentschaftswahlen in Frankreich zu verstehen.

Wie passt es da ins Bild, dass ein „neoliberaler“ Kandidat die Werte des Staates und der Arbeit in den Mittelpunkt stellt, und dann bei einer Rekordwahlbeteiligung einen deutlichen Sieg davonträgt? Diese Wahlen sind nicht nur eine Personalie. Sie berühren vielmehr das Verhältnis von Staat und Gesellschaft, das sich auch in Frankreich in den letzten Jahrzehnten zu Gunsten der Gesellschaft verschoben hatte. Sie knüpfen an eine ältere Konstellation an, die Frankreich in Europa entscheidend mitgeprägt hat und in der das Verhältnis von Staat und Gesellschaft genau umgekehrt war: In den klassischen Ursprüngen der europäischen Moderne war die „Gesellschaft“ eine Ansammlung selbstbezogener Gemeinschaften, lokal borniert und in einer wolkigen Glaubensgewissheit befangen. Der Staat aber stellte diese Gesellschaft auf den Boden der Tatsachen und in eine weitere Welt. Er erschloss das Land, er entwickelte Techniken, Künste und Wissen. Er sorgte dafür, dass eine Bilanzierung von Rechten und Pflichten, von Ausgaben und Einnahmen erfolgte – was dem Verkehr der verschiedenen Volksgruppen untereinander überhaupt erst eine Grundlage verlieh. Das System „Staat“ war – neben dem System „Wirtschaft“ – der große Säkularisierer. Unter seinem Druck musste die Moral sich zu einer weltbezogenen Verantwortungsethik zu entwickeln. Und es war der Staat, der diese „Sittlichkeit“, um es mit Hegel auszudrücken, als beständigen Stachel im Fleisch der Gesellschaft bilden musste. Seine Einrichtungen repräsentierten eine Gesamtidee des Landes und standen doch zugleich nur als ein Teil des Ganzen im Lande.

Frankreich kann uns Deutsche daran erinnern, dass in der klassischen Moderne nicht eine fertige Gesellschaft die „Basis“ des Staates ist, sondern der Staat das Rückrat ist, dass der Gesellschaft ihre Offenheit ermöglicht. Und der „Citoyen“ kann uns daran erinnern, dass nicht nur die Gesellschaft aus Menschen besteht, sondern auch der Staat.

*(Manuskript vom 8.6.2007, erschienen als Themenseite in der Tageszeitung „Die Welt“ am 11.6.2007 unter der Überschrift „Renaissance der Republik“)*